



„Starke Kommunen gibt es nur mit der SPD“

Leitantrag SPD Schwaben zum Bezirksparteitag am 18. Oktober 2025

Am 8. März 2026 finden in Bayern Kommunalwahlen statt. Die SPD Schwaben tritt in vielen Landkreisen, Städten und Gemeinden mit eigenen Kandidat:innen zu den (Ober-)Bürgermeister- und Landratswahlen sowie mit starken Listen für die Kreistage, Stadt- und Gemeinderäte an. Neben regionalen und ortsbezogenen Themen haben wir als SPD Schwaben einige zentrale Forderungen ausgemacht, die bei der Kommunalwahl 2026 und darüber hinaus wichtig für die Zukunft unserer Landkreise, Städte und Gemeinden sind.

Wir fordern:

1. Eine leistungsstarke kommunale Daseinsvorsorge:

- Flächendeckende und qualitativ hochwertige Kinderbetreuung in allen Kommunen; auch Randzeiten müssen abgedeckt werden.
- Unterstützung (finanziell wie logistisch) der Kommunen/Landkreise bei der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung in der Grundschule (zusätzlich zu den schon per Bundesgesetz zugesicherten Finanzen, die vom Freistaat abgerufen werden und den Kommunen zur Verfügung gestellt werden müssen.) Hierzu bedarf es
 - Gespräche mit (Ober-)Bürgermeister:innen, Landrät:innen, den Schulträgern, der Jugendhilfe, Jugendringen sowie Freien Trägern und Vereinen.
 - Verbindliche Kooperationsverträge zwischen den Akteuren vor Ort, die zielgerichtet die Bildungsstrategie festlegen und mit Zuständigkeiten geschlossen werden.
- Kommunen werden verpflichtet, Beteiligungsmöglichkeiten für junge Menschen zu schaffen (Jugendbeteiligungsformate).
- Ausbau und Erhalt von Sportanlagen; Kommunen bei Investitionen, Bau und Erhalt von Schwimmbädern unterstützen
- Förderung von Ehrenamt und bürgerschaftlichem Engagement; Ausbau kommunaler Kontaktstellen und Freiwilligenzentren.

- Beteiligung von Kommunen an Energiespeicherung und Ausbau erneuerbarer Energien (z.B. Bürgernetze, Bürgerfonds)
- Verknüpfung und Abstimmung der Verkehrsträger in den Kommunen für bessere Mobilitätskonzepte (Park&Ride, Bike&Ride, Bus& Bahn), langfristige Sicherung des Deutschlandtickets. Mittelfristig müssen sich alle Verkehrsunternehmen an der Mobilitätsplattform (DEFAS) der Bayerischen Eisenbahn Gesellschaft (BEG) beteiligen. Die Plattform soll weiterentwickelt werden, so dass die Verkehrsunternehmen aktiv eine Anschluss sicherung über die Plattform betrieblich durchführen können.
- Öffentliche Daseinsvorsorge gehört in die öffentliche Hand. Dazu müssen unsere Kommunen aber finanziell befähigt werden und nicht wie die letzten Jahre vom Freistaat am langen Arm verhungern. Wir stehen daher für die Kommunalmilliarde.

2. Attraktiver und bezahlbarer Wohnraum

- Ausbau des sozialen Wohnungsbaus, insbesondere Schaffung von bezahlbarem Wohnraum durch Kommunen, kommunale Wohnungsgesellschaften und Genossenschaften
- Förderung des Breitbandausbaus bis in jede Gemeinde („Glasfaser für jede Milchkanne“)
- Fortführung und Ausbau der Programme in Nachfolge der Sozialen Stadt
- Ausbau und Stärkung von Mehrgenerationenhäusern
- Familien- und Pflegestützpunkte an Mehrgenerationenhäusern in den Kommunen anbinden.

3. Eine Stärkung der Kommunalfinanzen

- Erhöhung des kommunalen Anteils am Steuerverbund (von aktuell 13% schrittweise auf 15 %)
- Reduktion der Zahl der Förderprogramme, stattdessen Erhöhung der Investitionspauschalen
- Besondere Berücksichtigung zentralörtlicher Funktionen: kreisfreie Städte und Große Kreisstädte sollen angemessenen finanziellen Ausgleich erhalten
- Mehr staatliche Ausgleichsmittel für den Bezirk Schwaben zur Entlastung der Kreise und Kommunen.
- Nutzung und Förderung europäischer Strukturfonds wie EFRE und ESF Plus für:
 - Abbau regionaler Ungleichheiten
 - Investitionen in Wachstum, Beschäftigung, Infrastruktur und Umweltschutz

4. Für eine aktive regionale und kommunale Arbeitsmarktpolitik

Die SPD Schwaben steht für eine aktive regionale und kommunale Arbeitsmarktpolitik. Um eine Grundlage dafür zu schaffen, fordern wir, dass die traditionelle Arbeitsmarktberichterstattung, die vor allem die quantitativen Aspekte des Arbeitsmarkts bilanziert, durch regelmäßige qualitative Arbeitsmarktberichterstattung ergänzt wird. Diese kann als Grundlage für eine zielgerichtete regionale und kommunale Arbeitsmarktpolitik genutzt werden.

Die qualitative Berichterstattung soll bis zur Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte insbesondere folgende Daten erfassen:

- Zahl der tarifgebundenen Arbeitsplätze
- Zahl der Arbeitsplätze mit betrieblicher Mitbestimmung
- Zahl der befristeten Arbeitsverhältnisse
- Zahl der Werkverträge
- Anteil der geringfügigen Arbeitsverhältnisse
- Anteil der Leiharbeit
- Teilzeitquote
- Lohnniveau
- Gender-Pay-Gap

Außerdem fordern wir ein Tariftreugesetz für den Freistaat Bayern und seine Kommunen. Es muss endlich Schluss damit sein, dass Unternehmen, die sich mit Dumpinglöhnen und miserablen Arbeitsbedingungen Wettbewerbsvorteile verschaffen, dafür noch durch Aufträge und Fördermittel aus Steuermitteln belohnt werden.

5. Weitere Forderungen an Bund und Freistaat Bayern

- Unterstützung beim Erhalt und Ausbau von Verkehrsnetzen (Reaktivierung von Bahnstrecken, einheitlich barrierefreie Bahnhöfe, Ausbau Radwegenetz, Bau von Ortsumgehungen).
- Förderung und Umsetzung regionaler S-Bahn-Konzepte und Erhalt von Bahnverbindungen zwischen Städten und Landkreisen, Ausbau der Elektrifizierung und optimalere Ausnutzung bestehender Kapazitäten.
- Unterstützung von Kommunen bei der verbindlichen Wärmeplanung für klimaneutralen Umbau der Heizinfrastruktur.
- Fortführung und Ausbau von Programmen wie Dorferneuerung, integrierte ländliche Entwicklung, sowie der Städtebauförderung durch Bund und Freistaat Bayern